

Einseitige Schuldzuweisung

Zum Artikel „Die wahre Schande“ vom 3.3.2020 über die Situation an der griechischen Grenze:

Der Leitartikel von Matthias Koch anlässlich der menschenverachtenden Zustände an der griechischen Grenze ist exemplarisch für einseitige Schuldzuschreibung: „Russland setzt Fluchtursachen“ und „Putin könnte die höllischen Attacken mit einem Wink stoppen“.

Deswegen einige korrigierende Fakten.

Schon lange vor Beginn der syrischen Unruhen 2011 gab es westliche Pläne, Assad zu stürzen – seine Nähe zu Russland und seine Ablehnung der Katar/Türkei-Pipeline missfielen. Der „Bürgerkrieg“ begann 2011, als von syrischen Sicherheitskräften berechnete Unruhen niedergeschlagen wurden. Die Widersacher Assads erhielten bereits 2011 Waffen, unter anderem von den USA, Saudi Arabien und der Türkei. Dieser Eingriff von außen hat die folgende Katastrophe wesentlich ausgelöst.

Der US-Geheimdienst DIA analysierte 2012 und 2013, dass ein Sturz Assads zu großem Chaos und der wahrscheinlichen Machtübernahme durch Dschihadisten führen werde.

All dies war westlichen Regierungen bekannt, aber das Ziel Regierungswechsel blieb, ihn sollten islamistische Terroristen bewirken (vgl. Lüders: Die den Sturm ernten; Leukefeld: Flächenbrand). Erst durch das Eingreifen Russlands 2015 wurde das Vordringen des „Islamischen Staates“ gestoppt, so der frühere Generalinspekteur der Bundeswehr, Kujat.

Zur Situation in Idlib: Der Terrorgruppe Hayat Tahrir alSham (HTS) gehören etwa 30 000 Kämpfer an und der Sprecher der Anti-IS-Koalition (unter US-Führung), Myles Caggins, führte aus, Idlib sei ein „Magnet“ für Terrorgruppierungen, die eine „Plage, ... eine Gefahr“ für hunderttausende Syrer seien.

All die hier ausgeführten Informationen sind bekannt; trotzdem werden von westlichen Politikern und Medien die Kriegsfolgen nahezu ausschließlich Assad bzw. Russland zugeschrieben: Das ist Propaganda. Und wann haben EU-Staaten oder die Nato sich ernsthaft für eine Entwaffnung der Terroristen eingesetzt? Stattdessen wird weiter der Regierungswechsel betrieben, durch Wirtschafts- und Finanzsanktionen. Teile von Syrien sind völkerrechtswidrig besetzt, von der Türkei, den USA und Israel – die staatliche Souveränität und territoriale Integrität Syriens wird nicht respektiert.

In jedem Krieg gehört die normale Bevölkerung zu den Haupt-Leidtragenden. Daher sollte ein zentrales Ziel internationaler Politik sein, gemäß der UN-Charta Konflikte gewaltfrei zu lösen. Der Syrienkrieg zeigt, wie eine innerstaatliche Krise durch rücksichtsloses Agieren relevanter externer Kräfte zu einem Krieg mit hunderttausenden Toten und Millionen Flüchtlingen eskalieren kann.

Prof. Dr. Gert Sommer, Marburg